
7483/J XXV. GP

Eingelangt am 17.12.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten **Weigerstorfer**,
Kolleginnen und Kollegen
an die **Bundesministerin für Gesundheit**
betreffend „**Generation Tschernobyl**“

Nach dem Reaktorunfall am 26.4.1986 in Tschernobyl sind radioaktive Partikel auch nach Österreich transportiert worden. In den Folgejahren wurde eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen zu gesundheitlichen Auswirkungen dieser Katastrophe veröffentlicht. Der Standard berichte im Jahr 2006 Folgendes:

„Rund 1700 Menschen sind in Österreich an den Folgen der Atomkatastrophe von Tschernobyl gestorben oder werden in den nächsten Jahrzehnten noch sterben. Das schätzt der britische Atomexperte Ian Fairlie auf Basis von Daten der EU und der OECD über Strahlenbelastung in den Ländern Westeuropas. Nach Cäsium-Messungen der EU-Kommission war Österreich aufgrund der damaligen Regenfälle die am stärksten betroffene Region Westeuropas, erklärte der in Fachkreisen geschätzte Experte in seinem Bericht.“¹

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Frau **Bundesminister für Gesundheit** nachstehende

Anfrage

- 1) Gibt es - aufgrund der Datenerfassung des Hauptverbandes über Arztbehandlungen und Medikamentenkosten - Studien darüber, ob Kinder der Mütter, die zum Zeitpunkt der oben genannten Katastrophe schwanger waren oder die bis zu zwei Jahre später geboren wurden, im bisherigen Lebensverlauf eine höhere Krankheitsanfälligkeit und höhere Behandlungs- bzw. Medikamentenkosten aufweisen als früher oder später geborene Vergleichsgruppen?
 - a) Wenn ja, zu welchen Ergebnissen kommen diese Studien konkret?
 - b) Wenn nein, haben Sie vor, solche Studien in Auftrag zu geben?

¹ Quelle: derstandard.at/2418589/Tschernobyl-forderte-1700--Tote-in-Oesterreich (Stand: 3.12.2015)